

SPD demokratischer pressediens

P/XXVI/199

18. Oktober 1971

W I L L I E I C H L E R

Zum Gedenken an einen großen Politiker

Von Alfred Nau
Bundesschatzmeister und Präsidiumsmitglied
der SPD

Seite 1 und 2 / 63 Zeilen

Immer im Dienst des Menschen

Aktuelle und Zukunftsaufgaben der Wohlfahrts-
verbände

Von Kurt Fartzsch MdL
Sozialminister von Niedersachsen und Bundes-
vorsitzender der Arbeiterwohlfahrt

Seite 3 und 4 / 81 Zeilen

Verhütung soll Kassenleistung werden

Prophylaxe zur Ergänzung der 218-Reform

Von Annemarie Renger MdB
Parlamentarische Geschäftsführerin der SPD-
Bundestagsfraktion

Seite 5 / 35 Zeilen

München machte die Fronten klar

Notwendige Feststellungen zum CSU-Parteitag

Seite 6 und 7 / 54 Zeilen

Mit Bonn freundschaftlich verbunden

Als Gast der Destour-Partei in Tunesien

Von Alwin Brück SPD-MdB
Mitglied des Auswärtigen Ausschusses des
Bundestages

Seite 8 / 45 Zeilen

Herausgeber und Verleger:

Chefredakteur: Dr. E. Eckert
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler
5300 Bonn 8, Hausallee 2-10
Postfach: 9153
Pressenhaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 20 37 - 38
Telex: 886 846/386 847/
886 846 PPP 0

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
6300 Bonn - Bad Godesberg
Kölnener Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

W I L L I E I C H L E R

Zum Gedenken an einen großen Politiker

Von Alfred Nau

Bundesschatzmeister und Präsidiumsmitglied der SPD

Erst im Januar dieses Jahres feierten wir seinen 75. Geburtstag, den Geburtstag eines vom Alter ungebrochenen, tatenkräftigen Jubilars. Gestern nun ist Willi Eichler plötzlich verstorben. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, die Friedrich-Ebert-Stiftung und darüber hinaus das gesamte demokratische Deutschland verliert in Willi Eichler einen unermüdlichen Streiter und progressiven Demokraten im besten Sinne. Willi Eichler, der nach 1945 über 20 Jahre dem Parteivorstand der SPD angehörte, hat Zeit seines Lebens für die Idee des Rechts und der Freiheit gekämpft und das Bild des rechtsstaatlichen Sozialismus entscheidend mitgestaltet.

Der Lebensweg Willi Eichlers ist typisch für seine Generation. Der Erste Weltkrieg prägte sein Lebensbild und formte ihn folgerichtig zum schärfsten Gegner der Gewalt als Mittel politischer Auseinandersetzung. Nicht zuletzt durch seine enge Verbindung zu dem Göttinger Philosophen Leonard Nelson, der in den zwanziger Jahren einen vorwiegend ethisch und nicht materialistisch begründeten Sozialismus lehrte, überwand Willi Eichler sehr bald sowohl die romantischen als auch die abstrakten teleologischen Vorstellungen innerhalb der Sozialdemokratie und fand zu einer sehr nüchternen rationalen Betrachtungsweise - ohne deshalb zum reinen Pragmatiker zu werden.

In einer Gemeinschaft Gleichgesinnter stellte er sich das Ziel, den Kampf gegen jede Art der Unterdrückung und für Freiheit und Gerechtigkeit nach ethischen Maßstäben zu führen. Die Verbindung zu Nelson machte es nur zu natürlich, daß Eichler in den folgenden Jahren in entscheidender Weise den Internationalen Sozialistischen Kampfbund mitgestaltete und 1933 folgerichtig vor der Willkür der Nazis Deutschland verlassen mußte.

Willi Eichler hat sowohl das ganze Blend der inneren als

auch der äußeren Emigration durchlebt. Er hat sich davon nicht entmutigen lassen. Zusammen mit Erich Ollenhauer, Hans Vogel, Fritz Heine und Erwin Schöttle, um nur einige wichtige Namen zu nennen, wurde er zum Architekten der "Union Deutscher Sozialdemokraten in Großbritannien". Nicht zuletzt seiner Mitwirkung in dieser Union ist es zu verdanken, daß der Gedanke der deutschen Kollektivschuld aufgegeben und das Bild des Deutschen im Ausland entscheidend differenziert wurde.

1946 kehrte Willi Eichler aus der Emigration zurück. Für ihn galt es, tatkräftig am Aufbau eines neuen, eines demokratischen Deutschland mitzuwirken. Der erste Nachkriegsparteitag der SPD in Hannover wählte ihn in den Parteivorstand, dem er lange Jahrzehnte angehören sollte.

Zwei Bereiche interessierten ihn besonders. Innenpolitisch war es die Theorie der sozialen Demokratie, die Rolle des Individuums in der Gesellschaft, der Einfluß der Bildung bei der Formung politischen Bewußtseins. Nicht umsonst wurde Willi Eichler als einer der geistigen Väter des Godesberger Programms bezeichnet. Er war der große Theoretiker - nein: Philosoph - des demokratischen Sozialismus, und es ist sicher, daß die Erkenntnisse Willi Eichlers die Diskussion innerhalb der SPD, die zum Godesberger Programm führte, gefördert haben.

Das andere große Verdienst Willi Eichlers besteht darin, daß er als einer der ersten und sicherlich effektivsten Politiker das Bild des neuen, demokratischen Deutschlands in kaum zählbaren Vortragsreisen im Ausland verbreitete.

Als nach 1945 die Friedrich-Ebert-Stiftung neu entstand, war es ebenfalls Willi Eichler, der ihr wesentliche Impulse gab. Sein stetiges Bemühen, demokratische Sozialisten, Gewerkschaftler und Genossenschaftler aus allen Teilen Asiens jenseits rassischer, religiöser und nationaler Verschiedenheiten zu gemeinsamer Diskussion der Probleme ihrer Länder und ihres Kontinents zusammenzuführen, fand weltweite Anerkennung.

Wer den Politiker Eichler kennen und schätzen gelernt hat, kennt und schätzt auch den Menschen Willi Eichler, seine große, von Toleranz und tiefem Verständnis bestimmte Persönlichkeit. Die SPD trauert mit den Angehörigen und Freunden des Verstorbenen um einen der großen politischen Männer unserer Partei und - was schwerer wiegt - um einen großartigen Menschen und Freund.

Die Lücke, die Willi Eichler hinterläßt, wird nicht zu schließen sein. (-/ex/18.10.1971/bcy)

Immer im Dienst des Menschen

Aktuelle und Zukunftsaufgaben der Wohlfahrtsverbände

Von Kurt Partzsch MdL

Sozialminister von Niedersachsen und
Bundesvorsitzender der Arbeiterwohlfahrt

Die enge Verzahnung von Sozial-, Wirtschafts- und Finanzpolitik ist seit dem Zweiten Weltkrieg von einer Bundesregierung noch niemals so deutlich gemacht worden wie heute. Ein ausführliches Zahlenwerk zeigt, wie der Ertrag des wirtschaftlichen Wachstums in sozialen Fortschritt umgesetzt werden muß. Dabei geht die Bundesregierung davon aus, daß Sozialleistungen nicht Wohlfahrt statt Freiheit, sondern Freiheit durch Wohlfahrt bedeuten. Wachsende Bedürfnisse nötigen dazu, den Rahmen der sozialen Sicherung entsprechend weit zu ziehen. Zu ihr gehören Arbeitsrecht, Siedlungs- und Wohnungswesen und Gesundheitsdienst, die Sicherung bei Arbeitslosigkeit, Erkrankung, Invalidität und Alter, die Vollbeschäftigung und das Recht auf freie Berufswahl, das Recht auf Erziehung und Bildung, eine individuell gezielte Fürsorge, die Freizeitgestaltung und der gleiche soziale Schutz für eheliche und nichteheliche Kinder.

Im Bereich der Wohlfahrtspflege haben gesellschaftliche Entwicklungen neue soziale Bedürfnisse geschaffen. Das klassische Beispiel hierfür ist die Altenhilfe. Die Bedürfnisse der Älteren sind inzwischen weitgehend erkannt und entsprechende Hilfsformen verwirklicht worden. Auch hieran wird deutlich, welch hoher Stellenwert heute noch der Sozialarbeit zukommt. Zu Unrecht wird deshalb die Frage gestellt, ob denn Sozialarbeit - Wohlfahrtspflege und Fürsorge - in der Wohlfahrts- oder Überflußgesellschaft noch notwendig sei, zudem ein umfassendes System der sozialen Sicherung jeden Bürger schütze. Richtig ist vielmehr, daß die Anforderungen an die Sozialarbeit zunehmen werden, wenn dies auch angesichts der ständigen Verbesserung des sozialen Leistungssystems auf den ersten Blick befremdlich erscheint. Selbst überlieferte Sozialprobleme wie Nichtseßhaftenfürsorge, Obdachlosenprobleme und Straffälligenhilfe sind noch nicht in zufriedenstellender Weise gelöst worden. Hinzu gekommen sind neue Probleme wie die Betreuung ausländischer Arbeitnehmer und die Verbesserung der sozial-psychologischen Beratung Süchtiger.

Die Träger der freien Wohlfahrt halten heute etwa vier von zehn Krankenhausbetten, sechs von zehn Altenheimplätzen und drei von vier Betten in Kinder- und Jugendheimen bereit. Damit verfügen diese Verbände mit rund 600.000 über mehr Betten als alle Hotels und Gasthöfe in der Bundesrepublik zusammen. Ihre Kindergärten bieten mit über 800.000 mehr als eineinhalbmal so viel Plätze wie die Stadt Hannover Einwohner hat. Der Investitionswert all dieser Einrichtungen beträgt mindestens 30 Milliarden DM, also fast ein Drittel des Bundeshaushalts. Die freien Wohlfahrtsverbände beschäftigen fast 400.000 hauptamtliche Mitarbeiter. Sie sind ein starker eigenständiger und unverzichtbarer Zweig der Wohlfahrts-

pflüge neben der öffentlichen. Die genannten Einrichtungen sind Ergebnis der Aktivität und der Initiative von Mitarbeitern in Stadt und Land, die sich bei Notständen in ihrer Umgebung nicht auf den Ruf nach dem allverantwortlichen Staat beschränken, sondern die meist zusammen mit anderen in wohlverstandener Verantwortung aus eigener Kraft Hilfe schaffen, aktivieren und organisieren.

Dieser Selbsthilfewille ist zugleich ein Abgrenzungszeichen zur öffentlichen Wohlfahrtspflege. Auf der einen Seite steht der Bürger, die freie Initiative und die freiwillige Hilfe; auf der anderen Seite befindet sich die Behörde, das Gesetz und die Norm. Beide ergänzen sich fruchtbar. Wahr ist aber auch, daß die freien Verbände angesichts ihrer großen Aufgaben nicht mehr ohne öffentliche Hilfe auskommen können. So hat die Arbeiterwohlfahrt auch die Notwendigkeit vertretbarer finanzieller Förderung durch die öffentliche Hand bejaht. Sie hat aber abgelehnt, einen vollen Ersatz sämtlicher Aufwendungen zu beanspruchen, weil sich die Arbeit der freien Wohlfahrt gerade dadurch auszeichnet, daß sie ihre eigentlichen Aufgaben selbst plant und aus den Mitteln finanziert, die aus der Opferbereitschaft ihrer Mitglieder und Förderer und aus freiwilligen Spenden stammen.

Die freie Wohlfahrtsarbeit erreicht heute über die Sozialarbeit auch die gesellschaftliche Entwicklung. Vor diesem Hintergrund wird erkennbar, daß sie sich nicht als unkritischer Bestandteil einer überkommenen Gesellschaftsordnung fühlen darf. Sie ist nicht nur Träger sozialer Maßnahmen, sondern auch Träger gestaltender demokratischer Kräfte. Für die umfassenden Dienste der freiwillig organisierten Hilfe haben sich die Verbände den notwendigen eigenen modernen Organisationsapparat schaffen müssen. Damit wächst aber auch die Anonymität in der Arbeit. Wer spendet, sieht nicht mehr, wohin sein Geld geht. Wer Hilfe sucht, muß fragen, an wen er sich wenden soll. Wer Hilfe empfängt, weiß nicht, woher sie kommt. Mit der Schwierigkeit des Einzelfalles wächst der Instanzweg; wer entscheidet, kennt oft nur noch die Akten und nicht den Menschen. Die Gefahr ist nicht zu leugnen, daß ein Prozeß der Bürokratisierung und der formellen Erstarrung die Rolle und Funktion der freiwillig organisierten Hilfe im System der sozialen Sicherung beeinträchtigen kann. Im dichten Netz wohlfahrtspflegerischer Einrichtungen sind auch in der heutigen Zeit "gute Herzen" willkommen. Die Arbeit erfordert aber ebenso den ausgebildeten Fachmann. Deshalb plädiere ich für eine enge und nahtlose Zusammenarbeit zwischen der ausgebildeten Fachkraft, dem Spezialisten und dem freiwilligen Helfer.

Die freien Wohlfahrtsverbände haben im System der Sozialleistungen der Bundesrepublik ihren festen Platz. Sie können auch in Zukunft wesentlich dazu beitragen, mit ihrer besonderen, von mitbürgerlicher Initiative getragenen Hilfe den sozialen Rechtsstaat zu verwirklichen und fortzuentwickeln. (-/ex/18.10.1971/bgy)

Verhütung soll Kassenleistung werden

Prophylaxe zur Ergänzung der 218-Reform

Von Annemarie Renger MdB

Parlamentarische Geschäftsführerin der SPD-Bundestagsfraktion

Selten hat eine Diskussion um die Reform bestehender Rechtsvorschriften so sehr die Öffentlichkeit bewegt wie gegenwärtig die Neuregelung der Strafbarkeit bei Schwangerschaftsunterbrechung.

Obwohl ein entsprechender Gesetzentwurf des Bundesjustizministers noch nicht vorliegt, zeichnet sich bereits jetzt die Möglichkeit ab, eine weitgehende Änderung der bestehenden Strafbestimmungen durchzusetzen.

Dabei steht noch offen, wie eine solche Reformlösung der Paragraphen 218-220 StGB aussehen wird, die zugleich allen Zielvorstellungen gerecht wird. Die Meinungsbildung der SPD-Bundestagsfraktion zu diesem überaus schwierigen Fragenkomplex ist noch nicht abgeschlossen.

Ich selbst unterstütze als Vorsitzende des Bundesfrauenausschusses der SPD die Vorschläge dieser Arbeitsgemeinschaft, die Leben und werdendes Leben schützen und auch der Notsituation vieler Frauen gerecht werden. Jedem muß aber die freie Gewissensentscheidung zugestanden werden. Weiterhin wurden auch sehr konstruktive Vorschläge unterbreitet, um ungewollte Schwangerschaften von vornherein zu verhindern. Damit haben wir meines Erachtens eine sehr ausgewogene Lösung gefunden. Wenn wir für Straffreiheit bei Schwangerschaftsabbruch in den ersten drei Monaten eintreten, sofern dieser durch einen Arzt vorgenommen wird, dann deswegen, um Frauen, die sich nach schwerer Gewissensentscheidung zu einer Abortion entschlossen haben, nicht auch noch zu Kriminellen zu stampeln oder aber in die Hände von Kurpfuschern zu treiben. Eine bereits im Gespräch befindliche Indikationslösung würde zwar einen Fortschritt gegenüber der jetzigen Regelung darstellen, aber das Problem der Schwangerschaftsunterbrechung nicht lösen.

Zahlreiche Briefe und öffentliche Diskussionen bestärken mich in meiner Haltung. Eine große Bedeutung messe ich aber in diesem Zusammenhang der prophylaktischen Seite zu: verstärkte sexuelle Aufklärung und Beratung. Darüber hinaus erwägen wir, Antikonzeptionsmittel in den Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenversicherung aufzunehmen. (-/ex/18.10.1971/bgy)

+ + +

München machte die Fronten klar

Notwendige Feststellungen zum CSU-Parteitag

Die "Kampfgemeinschaft CDU/CSU" wurde am Wochenende in der Münchner Bayernhalle so häufig beschworen, daß sie gerade deshalb unglaubwürdig wirkte. "Über unsere Verhältnisse gibts nichts zum Rätselraten", meinte der neue Parteivorsitzende der CDU, Dr. Rainer Barzel, und der Vorsitzende der bayerischen Schwesterpartei rief dazu auf, "so zusammenzustehen, daß die 'Kampfordnung' von CDU/CSU für 1973 den stärksten Wirkungsgrad und die größte Wirkungsbreite sicherstellen". Bundestagsvizepräsident Dr. Richard Jäger schließlich ermunterte Barzel mit deutlicher Ironie und typisch christlich-sozialer Anmaßung, die CDU genauso gut zu führen wie die Bundestagsfraktion, dann würde er "aus unserer großen Schwesterpartei am Ende noch eine zweite CSU machen".

Dieser Ruf nach Gemeinsamkeit ist trügerisch. Franz Josef Strauß ging es darum, seinen nächsten Zug im Schachspiel um die Macht vorzubereiten. Während er sich noch vor vier Monaten als einer der in "engster Wahl möglichen Kanzlerkandidaten" propagieren ließ, überraschte er seine Anhänger zu Beginn des Parteitages mit einem für ihn ungewöhnlich bescheidenen Anspruch auf die "Nummer zwei" in der Konstellation CDU/CSU. Er tröstete sie aber einen Tag später durch die "Welt am Sonntag" mit der Hoffnung auf "Umstände und Ereignisse", die es erfordern könnten, "daß ein Politiker für die Aufgabe zur Verfügung stehen muß, für deren Bewältigung man ihn als geeignet ansieht".

Trotz dieses Hintertürchens Straußcher Machart hat er gerade noch rechtzeitig eingesehen, daß der Kanzlerkandidatenstuhl für ihn noch zu hoch und auch sein "Zünglein an der Waage"-Spiel in diesem Fall vorbei ist. Strauß ließ deshalb den neuen

CDU-Vorsitzenden hofieren, drohte auch nicht mehr mit dem "unüberhörbaren Mitspracherecht" bei der Nominierung des Kanzlerkandidaten und versuchte sich damit gegenüber der CDU neues Erpressungsmaterial zu verschaffen.

Straußens Engagement gilt nun der Zielrichtung, seine politischen Vorstellungen der Unionsschwester aufzuzwingen. Der Münchner Parteitag machte seine Absicht deutlich, die CDU in programmatischer Hinsicht in seine Abhängigkeit zu bringen. "Nie", so schrieb er in einem Leitartikel zum CSU-Parteitag, "hat die CDU/CSU dringender der Solidarität bedurft, die sich in erster Linie aus der Sache ergibt und ergeben muß." Wie er Solidarität versteht, machte sein Sprachrohr an anderer Stelle sichtbar: "Nicht wieder oder nur noch mit Schaden zu ändernde Weichenstellungen in der Union bedürfen deshalb gründlichster Prüfung". Und nachdrücklich warnte der "Bayernkurier" die CDU, nach Saarbrücken und Bremen "doppelt darauf bedacht zu sein, bei existenzwichtigen Entscheidungen sich nicht unter Druck setzen zu lassen".

Die plötzlich entflammte Begeisterung von Strauß für "gemeinsame Lösungen, gemeinsame Formulierungen und eine gemeinsame Programmbasis" mit der CDU, verbunden mit dem gleichzeitig vorgetragenen Beharren auf Eigenständigkeit ("Wir würden auch heute wieder eine CSU als selbständige Partei gründen"), müßte den neuen CDU-Vorsitzenden eigentlich stützig machen, wenn er sich nicht ohnehin schon auf der Straußschen Ebene befände.

Politiker wie Strauß, dem eine leicht manipulierbare Gefolgschaft treu ergeben ist, und Barzel, dessen Alternative sich in einer ebenso hemmungslosen Demagogie erschöpft, als "Nummer eins und Nummer zwei" die Führung der Bundesrepublik anzuvertrauen, das würde eine bedenkliche, besorgniserregende und zukunftsgefährdende Entwicklung der deutschen Politik einleiten. Die "Leuchtkraft", die nach Strauß vom CSU-Parteitag ausgehen soll, hat gerade die Gefährlichkeit dieser Politik in gleissendem Licht sichtbar werden lassen.

Ingrid Burkert
(-/ex/18.10.1971/bgy)

Mit Bonn freundschaftlich verbunden

Als Gast der Destour-Partei in Tunesien

Von Alwin Brück SPD-MdB

Mitglied des Auswärtigen Ausschusses des Bundestages

Die tunesische Politik ist in voller Bewegung. Es geht darum, die Zeit nach Bourguiba, dem Gründer und Gestalter Tunesiens, vorzubereiten. Es geht darum, was sein wird, wenn die starke Hand dieses auch heute noch unjubilanten Mannes, der zu den großen Staatsmännern unserer Zeit zählt, nicht mehr regieren wird. Das alles wird einem deutlich, wenn man als Gast am achten Kongreß der sozialistischen Destour-Partei, der vorige Woche in Monastir stattfand, teilgenommen hat.

Noch sind in Tunesien die Probleme, die die Politik des früheren Wirtschaftsministers Ben Sallah, aber vielleicht auch seine spektakuläre Ablösung und Verurteilung und der dadurch entstandene Schock bei vielen gebracht haben, nicht überwunden. Es gab erhebliche wirtschaftliche Rückschläge. Erst für dieses Jahr erwartet man wieder einen zufriedenstellenden Zuwachs am Bruttosozialprodukt, nachdem die Regierung des Ministerpräsidenten Nouira mit ihrem sozial-liberalen Kurs die Wirtschaft wieder etwas stabilisieren konnte.

Selbst die Anhänger Ben Sallahs geben zu, daß die von ihm betriebene Politik der schnellen Kollektivierung von der Landwirtschafts-Bevölkerung - und das sind in Tunesien immerhin 65 vH. der Gesamtbevölkerung - abgelehnt wurde, nicht nur, weil die Kollektivierung gegen vorhandene Traditionen verstieß, sondern auch, weil mit der damit verbundenen übertriebenen Mechanisierung viele Menschen in der Landwirtschaft arbeitslos wurden. Von Kennern des Landes aber wird auch darauf hingewiesen, daß es Versuche gegeben hat, die Politik des Landes nach den zu starken Ausschlägen unter Ben Sallah nach der einen Seite nun stärker der konservativeren Seite hin zu orientieren.

Der achte Parteitag wurde daher mit Spannung erwartet, weil man mit Recht davon ausging, daß auf ihm neue Akzente für die Politik des Landes gesetzt werden, zum erstenmal ohne daß Präsident Bourguiba den Kongreß dominierte. Er beschränkte sich auf eine Ansprache, wobei er selbst sagte, daß man jetzt versuchen müsse, ohne ihn auszukommen.

Rund 300 Redner hatten sich in die Rednerliste des Parteitages eingetragen. Ohne Zweifel hat die innerparteiliche Demokratie stark an Boden gewonnen. Für die deutschen Gäste war es erfreulich festzustellen, welche Sympathien Bundeskanzler Willy Brandt und seine Politik in Tunesien, das seit langem mit der Bundesrepublik freundschaftlich verbunden ist, genießen. Das wurde deutlich am starken Beifall bei der Nennung seines Namens in der Begrüßungsansprache, aber auch deutlich in den Gesprächen am Rande des Parteitages, darunter mit Außenminister Masmoudi.

(-/ex/18.10.1971/bgy)